

Windräder schaffen regionalen Mehrwert

Mit dem Ausbau der Windenergienutzung werden immer mehr Gemeinden mit Baubewilligungsfragen für Windenergieanlagen konfrontiert. Da die windreichen Regionen im Jurabogen, in den Alpen und Voralpen meist wirtschaftliche Randregionen sind, eröffnet sich mit der Windenergienutzung die Chance einer breiten regionalen Wertschöpfung.

«Von Anfang an hat die Bevölkerung das Projekt begrüsst, ja sich mit ihm identifiziert», freut sich Stéphane Boillat, seit über zehn Jahren Gemeindepräsident von Saint-Imier. Auf dem Gemeindegebiet stehen zwei von zurzeit acht Anlagen des Windparks Mont-Crosin/Mont-Soleil sowie die Fotovoltaikanlage Mont-Soleil. Der Rechtsanwalt mit Jahrgang 1964 erzählt begeistert weiter: «Die federführenden BKW haben die Kommunikation auf allen Ebenen gepflegt und darauf geachtet, dass der Park regionalwirtschaftlich eingebunden wurde.»

Es schlummert grosses Potenzial

120 Anlagen an 20 Standorten mit einer Stromproduktion von 375 Mio. kWh jährlich, was dem Strombedarf von über 100 000 Haushalten entspricht: Das sind die Prognosen des Windenergieverbands Suisse Eole für die kommenden fünf Jahre. Bis 2035 können 2,5% des heutigen schweizerischen Stromverbrauchs gedeckt werden, bis 2050 sind je nach Verbrauchsentwicklung 6 bis 9% möglich. Die Windräder werden in den Hauptwindregionen zu stehen kommen: im Jurabogen, in den Voralpen, den grossen Alpentälern und auf Alpenpässen. Einzelne Anlagen dürften auch im Mittelland gebaut werden. Da also die meisten Windgebiete wirtschaftlich gesehen Randregionen sind, eröffnen sich für die Standortgemeinden interessante Perspektiven. Regionalwirtschaftlich relevant sind die Bau- und die Betriebsphase. Die folgenden Zahlen stammen aus einer Studie des Bundesamts für Energie zu den Auswirkungen von Windenergieanlagen.

- Bauphase: Ungefähr ein Drittel der Investitionen in Planung und Bau bleibt in der Region. Eine durchschnittliche 2-MW-Anlage kostet heute über 5 Mio. Franken, also bleiben rund 1,7 Mio. vor Ort
- Betriebsphase: Während der rund 20-jährigen Laufzeit fallen Kosten für Be-



Die in den Energieerlebnispfad der Unesco-Biosphäre integrierte Entlebucher Windturbine zieht zahlreiche Besucher an. (Bild: Suisse Eole)

trieb, Wartung und Reparaturen sowie Aufwendungen für Pachtzinsen an. Der Gesamtbetrag beläuft sich bei der erwähnten 2-MW-Anlage auf 150 000 bis 200 000 Franken pro Jahr. Gemäss den Schätzungen der Studie kann bis zur Hälfte der Summe in der Region bleiben

Nachhaltige Wertschöpfung ist möglich

Die Investitionssummen kommen nebst der regionalen Bauwirtschaft, der Landwirtschaft und dem Tourismus auch der öffentlichen Hand zugute. Die regionale Bauwirtschaft wird für Erschliessungsarbeiten wie Zufahrtswege und Stromanschlüsse sowie den Fundamentbau berücksichtigt, die zusammen einen

bedeutenden Teil der Investitionen ausmachen. Landwirtschaftliche Betriebe können ihr Land als Standort für Windturbinen verpachten, am Tourismus teilhaben (zum Beispiel Pferdekutschfahrten auf dem Mont-Crosin) oder Unterhaltsarbeiten leisten. In einzelnen Fällen investieren Landwirte selbst in Windenergie, beispielsweise bei der Anlage in Rengg bei Entlebuch und verschiedenen Kleinwindanlagen.

Windkraftanlagen werden natürlich nicht aus touristischen Gründen erstellt, sie können sich aber mit geeigneten Begleitangeboten wie Führungen, Infotafeln und -pfaden zu wahren Besuchermagneten entwickeln. Der rund fünf Kilometer lange Erlebnispfad zwischen Mont-Soleil und Mont-Crosin wird jähr-

Zahlen und Fakten

In der Schweiz sind zurzeit 15 grosse Windenergieanlagen mit total über 17 MW Leistung installiert, die 27 Mio. kWh sauberen Strom produzieren (aktuelle Produktionserwartung). Dies entspricht dem Bedarf von 7500 Haushalten. Im laufenden Jahr werden zwischen acht und elf weitere Anlagen realisiert, womit der Windstromanteil am gesamtschweizerischen Stromverbrauch die Promillegrenze überschreiten wird. In Deutschland beträgt der Windstromanteil 7,6%, in Spanien 14,3%, in Dänemark rund 21%. EU-weit deckt Windenergie 4,8% des Strombedarfs. Die 2009 produzierten 163TWh entsprechen dem Verbrauch von 45 Mio. Haushalten.

lich von über 50 000 Personen besucht, die nur zu Fuss, mit Pferdewagen, Velos oder Trotinetten unterwegs sind. 2009 wurden 16 500 geführte Besuche vermeldet. «Der Windpark war die treibende Kraft für die Entwicklung des regionalen Tourismus», ist Boillat überzeugt. «Die Existenz des Windparks hat eine entscheidende Rolle gespielt, um

die Renovation der Standseilbahn Saint-Imier–Mont-Soleil zu finanzieren.» Die Besucherzahlen widersprechen der Behauptung, Windturbinen vertrieben die Touristen. Untersuchungen aus Deutschland belegen, dass 75% der Erholungsuchenden Windenergieanlagen nicht als Störung empfinden, sondern als Zeichen einer zukunftsfähigen Energie- und Klimapolitik einer Region betrachten. Im vergangenen Jahr wurde auf dem Mont-Crosin in den Bereichen Verkauf, Gastronomie, Transport und weitere Dienstleistungen eine Wertschöpfung von über 1 Mio. Franken generiert. Auch die Entlebucher Windturbine – sie ist in den Energie-Erlebnispfad der Unesco-Biosphäre integriert – zieht zahlreiche Besucher an. «Der Tourismus bietet auch die Chance, Regionalprodukte zu vermarkten», erklärt Boillat stellvertretend für beide Regionen.

Nutzen für die öffentliche Hand

Die öffentliche Hand schliesslich kann auf verschiedenen Wegen aus der Investition einen Nutzen ziehen:

- Der Gewinn aus dem Betrieb der Windturbine ist in der Regel an der Betriebsstätte zu versteuern
- Die regionale Wertschöpfung generiert zusätzliche Steuereinnahmen

- Ist die Gemeinde an der Investition beteiligt, so kann sie direkt den Ertrag nutzen. Dies ist zum Beispiel der Fall bei der Walliser RhônEole SA, deren Aktienkapital zu je 10% aus den fünf regionalen Gemeinden Dorénaz, Evionnaz, Vernayaz, Martigny und Collonges, zu 25% vom lokalen Stromversorger SEIC (an dem wiederum die genannten Gemeinden beteiligt sind) und zu 25% von den Services Industriels de Lausanne stammt
- Gehört das Land der Standortgemeinde, profitiert sie von Pachtzinsen der Betreiber. So im Fall der jurassischen Gemeinde St-Brais
- Unter Umständen kann die Gemeinde für begleitende Massnahmen wie Verkehrslenkung oder allfällige Ausgleichsmassnahmen im Bereich Landschaft oder Ökologie entschädigt werden

Damit die Windenergieanlage der Region einen nachhaltigen Nutzen bringt, ist Partnerschaftlichkeit in der Zusammenarbeit der Gemeinden mit den Betreibern wichtig. Aus seiner positiven Erfahrung mit dem Windpark Mont-Crosin weiss Boillat: «Die Betreiber müssen sich um die Anliegen der Anwohner und der regionalen Bevölkerung kümmern.»

Markus Ahmadi

Neue raumplanerische Empfehlungen des Bundes

2004 wurde das Konzept Windenergie Schweiz von den Bundesämtern für Raumentwicklung (ARE), für Energie (BFE) und für Umwelt (Bafu) publiziert. Ein Pionierwerk, da damals erst wenige kantonale Grundlagen existierten. In der Zwischenzeit haben sich die Voraussetzungen stark verändert. Aufgrund der wachsenden Bedeutung der Windenergie sind viele Kantone daran, die Windenergienutzung in ihren Richtplänen zu verankern. Mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so weit verbessert, dass nun deutlich mehr Projekte auf die kantonalen Fachstellen zukommen. Auch die Technik hat sich rasant verändert, die Anlagen sind grösser und leistungsfähiger geworden. Dies kommt dem im Konzept festgehaltenen Grundsatz entgegen, dass nicht so viele, dafür produktive Anlagen aufgestellt werden sollen.

Der Bund hat deshalb in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen eine Aktualisierung in die Wege geleitet. Die Vernehmlassung ist abgeschlossen, die «Empfehlungen zur Planung von Windenergieanlagen» sollen in den kommenden Wochen erscheinen. Markus Geissmann, Bereichsleiter Wind beim BFE, freut sich auf die Publikation: «Die neuen Empfehlungen bringen uns auf dem Gebiet der raumplanerischen Grundlagen einen grossen Schritt voran.»

Die neuen Empfehlungen haben keinen Gesetzescharakter, die Planungshoheit für Windenergieanlagen liegt bei den Kantonen. Mit dem Dokument und den vorangehenden Besprechungen wird laut Geissmann eine «sanfte Vereinheitlichung der Planungs- und Bewilligungspraxis» angestrebt. «In den Workshops kristallisierte sich eine kleine Auswahl von Ansätzen heraus, welche die Kantone unter anderem in Abhängigkeit von der Bedeutung ihrer Windressourcen anwenden.»

Im Unterschied zum Konzept Windenergie enthalten die neuen Empfehlungen keine konkreten Standortangaben. Geissmann: «Obwohl es nie unsere Absicht war, mit dem Konzept 2004 eine definitive oder abschliessende Standortliste zu präsentieren, wurde es manchmal so aufgefasst.»

Das Echo auf die Vernehmlassung war grundsätzlich positiv, die kantonalen Stellen schätzen den Ratgeber. Verschiedene Umweltorganisationen kritisieren, dass keine gesamtschweizerische Planung gemacht wurde. Der BFE-Bereichsleiter kontert: «Seit mehreren Jahren werden insbesondere unter den Jurakantonen informelle überregionale Kontakte gepflegt. Ich denke, dass der Koordinationsdruck wegen Fragen des Netzausbaus ohnehin zunehmen wird.»

Mit der im Mai 2008 eingeführten KEV zeigt sich weiterer Koordinationsbedarf: Für eine KEV-Anmeldung ist nach geltenden Bestimmungen lediglich das Einverständnis der Grundeigentümer erforderlich. Dies kann dazu führen, dass zwei verschiedene Projektierer am selben Ort ans Werk gehen, noch bevor die Gemeindebehörden etwas erfahren. Wegen der begrenzten Anzahl von Spitzenstandorten kann dies zu Konflikten führen. Mit einem Bündel von Massnahmen entschärfen Gesetzgeber und Behörden die Situation. Dazu gehört auch die vom Nationalrat beschlossene Aufhebung des Deckels der einzelnen erneuerbaren Technologien. Die bestehende Regelung hat den Wettbewerb um Standorte angeheizt.

Die neuen raumplanerischen Grundlagen wurden Ende März publiziert und sind abrufbar unter www.bfe.admin.ch.